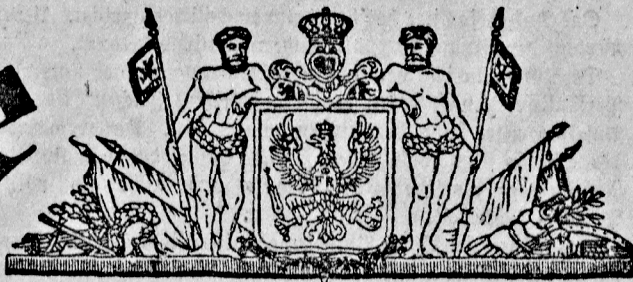


Vossische



Zeitung

1.50 Mark
(Ausland: 3 Mark)

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschullehrer, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten frei ins Haus monatlich 45 Mark; unter Streifband 85 Mark im Inland, 100 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark, Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (u. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 650.

Die Stilllegung der Notenpresse.

Der kritische Stichtag.

Im Gegensatz zu den Krisengerüchten, die noch gestern Abend in einem Teil der Berliner Presse kursierten, darf man sagen, daß die Verhältnisse im Laufe des gestrigen Tages sich erheblich entspannt haben. Freilich schien es noch gestern Mittag, als ob neben die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts auch noch eine Art von parlamentarischer Krise treten sollte.

In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses war zunächst weder der Kanzler noch der Außenminister erschienen, und der Ausschuss beschloß sich zunächst mit der Berichterstattung über die oberösterreichischen Verträge. Im weiteren Verlauf der Sitzung trat der Vizekanzler Bauer ein und gab eine Erklärung ab, die anscheinend vom Ausschuss in der Weise mißverstanden wurde, als ob bestimmte Abmachungen über Paris getroffen seien und bereits die Zustimmung des Ministerkabinetts gefunden hätten, über die man aber dem Ausschuss nicht Bericht erstatten wolle. Der Ausschuss beschloß deshalb, wobei die Stimmen der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie den Ausschlag gaben, nachmittags um 6 Uhr noch einmal zu einer Sitzung zusammenzutreten, und die Regierung aufzufordern, in dieser Sitzung über die Pariser Verhandlungen zu berichten. In Wirklichkeit war aber eine Entscheidung der Regierung überhaupt noch nicht zustande gekommen, und die Kabinettsitzung erst zum Nachmittag zusammenberufen worden. Es konnte deshalb auch nicht die Absicht vorliegen, dem Auswärtigen Ausschuss Beschlüßfassungen der Regierung vorzuenthalten. Auch das Fernbleiben des Reichskanzlers vom Ausschuss war auf einen Zufall zurückzuführen. Es war ihm, als er sich in den Ausschuss begeben wollte, mitgeteilt worden, daß seine Anwesenheit nicht mehr notwendig sei, weil vorläufig der Ausschuss auf Berichterstattung über die Pariser Verhandlungen verzichtet habe und sich bereits mit einem anderen Thema beschäftige. Wenn der Reichskanzler in den Auswärtigen Ausschuss gekommen wäre, so würde er aller Wahrscheinlichkeit nach dort mitgeteilt haben, daß die Entscheidungen des Kabinetts noch nicht spruchreif seien, und daß er daher bitte, die Berichterstattung zu verschieben.

In der Nachmittagsitzung des Auswärtigen Ausschusses, die ebenso wie die Sitzung am gestrigen Vormittag streng vertraulich war, legte das Kabinett die Situation klar. Reichsfinanzminister Hermes gab über seine Pariser Verhandlungen einen ausführlichen Bericht. Der Ausschuss wurde ferner gleichzeitig darüber aufgeklärt, was angesichts der jetzt geschaffenen Lage das Kabinett zu tun beschließen hat. Der Ausschuss vertagte sich darauf auf heute 10 Uhr.

Der Beschluß des Reichskabinetts gründet sich, wie wir hören, auf die Ergebnisse der Besprechung, die gestern Vormittag zwischen dem Reichskanzler, dem Vizekanzler, dem Außenminister und dem Reichsfinanzminister stattgefunden hatte. In dieser Besprechung war in Verfolg eines Beschlusses, den das Reichskabinett am Abend des Stimmabstimmstages gefaßt hatte, eine Anweisung an den deutschen Botschafter in Paris formuliert worden. In den Bedingungen, die dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes aus Paris mitgegeben worden sind, war der Stand der schwebenden Schuld am 31. März als Maximum der höchstzulässigen Summe schwebender Schulden festgesetzt worden. Da aber nicht anzunehmen ist, daß die von den Alliierten zu gewährenden Anleihe schon in den nächsten Wochen wirksam werden kann, und da über den Ausgabetermin dieser Anleihe vorläufig naturgemäß Festsetzungen überhaupt nicht zu treffen sind, so schien dem Kabinett entsprechend einer Anregung des Reichskanzlers es durchaus notwendig, sich die Möglichkeit zu sichern, in der Zwischenzeit für die notwendigen Ausgaben in angemessener Höhe neue schwebende Schulden aufzunehmen, die nicht sofort durch Steuern abgedeckt zu werden brauchen.

In der Formulierung der deshalb notwendig gewordenen Rückfrage an die Reparationskommission nach Paris darf man eine Ueberbrückung der verschiedenen Standpunkte des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers sehen, und es wird nur natürlich von der Antwort, die aus Paris eingeleitet, inwieweit eine endgültige Beilegung der Meinungs-differenzen möglich ist. Das Reichskabinett wird heute Vormittag noch einmal zusammentreten. Man hofft dann bereits im Besitz der Pariser Antwort zu sein.

Gestern nachmittag vor der Kabinettsitzung waren die Führer der Fraktionen von den Regierungsparteien in die Reichskanzlei gebeten, weil der Kanzler den Standpunkt der parlamentarischen Führer kennen lernen wollte. Diese berichteten darauf im Laufe des Abends ihren Fraktionen. Gestern Abend um 8 Uhr trat die Zentrumsfraktion zu einer zweiten Sitzung zusammen, zu der der Kanzler und Dr. Hermes erwartet wurden.

Die Verständigungsstimmung in Frankreich.

Eine dramatische Kammerdebatte.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 26. Mai.

Die Kammer setzte heute nachmittag die Interpellationsdebatte fort. Der Royalist Léon Daudet „interpelliert“ wegen der Explosion von Gleiwitz, geht aber auf diese kaum ein, sondern spricht von dem Rapallovertrag, den er als Folge der andauernden Schwäche der verschiedenen französischen Kabinette bezeichnet. Er greift dann den französischen Botschafter in Berlin an und fordert seine Abberufung.

Im weiteren Verlauf der Rede Daudets kommt es zu einem heftigen Zwischenfall zwischen Poincaré und dem republikanisch-sozialistischen Abgeordneten Jean Henessy, dessen Angriffe gegen Poincaré wegen seiner Mitschuld am Kriegsausbruch von Daudet erwähnt wurden.

Poincaré erklärt: „Herr Jean Henessy äußerte sich anders in meinem Kabinett im Elysée während des Krieges.“ (Lebhafter Beifall.) „Er hat veröffentlicht, mein Vorgänger Fallières habe am Tage meiner Wahl geäußert: „Poincaré bedeutet den Krieg.“ Herr Henessy weiß, daß diese Worte ebenso beleidigend für Herrn Fallières wie für mich und vollkommen erlogen sind.“ (Langanhaltender Beifall.)

Henessy will etwas erwidern, kommt aber in dem Lärm nicht zum Wort.

Der Abgeordnete André Fallières, ein Sohn des früheren Präsidenten, erklärt, sein Vater habe „die ihm zugeschriebene unerhörte Äußerung niemals getan und habe sie eines Dementis für unwürdig gehalten.“ (Lebhafter Beifall.)

Daudet erklärt, es sei ein erschwerender Umstand, daß Henessy seine Artikel in dem von der verdächtigen Bank Bauer subventionierten „Devoir“ veröffentlicht habe. (Lärm.) Als der Redner mit der Äußerung schließt, Poincaré werde sich durch entschiedenes Handeln am 31. Mai den Dank Frankreichs verdienen, klatschen nur wenige Abgeordnete Beifall.

Nach halbständiger Unterbrechung der Sitzung interpelliert der Linksdemokrat Albert Faure, früherer Unterstaatssekretär im Kabinett Clemenceau, über die äußere Politik der Regierung. Der Redner beginnt mit der Erklärung, er habe bisher gegen alle Regierungen gestimmt, die etwas vom Versailler Vertrag aufgaben, er sei aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß es sich hier um tiefere Ursachen handelte, denen gegenüber der Wille des einzelnen Menschen machtlos sei. Diese Ursachen seien in dem Gegensatz zwischen den Wünschen Frankreichs und den Zielen der angelsächsischen Welt zu suchen.

Faure erregt lebhaften Widerspruch der Rechten, als er den Brief eines Amerikaners verliest, in dem es heißt, Frankreich habe sich noch nicht von der Mentalität der Vorkriegszeit befreien können, während die anderen Völker, darunter auch Deutschland, eine neue Weltordnung erstrebten. Der Redner verliest dann den Brief eines englischen Offiziers, der die gleiche Ansicht äußert. (Zuruf von der Rechten: „Und ein früherer Mitarbeiter Clemenceaus vertritt solche Thesen auf der Tribüne!“ — Lärm links.)

Faure erwidert, er brauche von niemand in Patriotismus unterwiesen zu werden. Frankreich stehe vor der Wahl zwischen drei Arten von Politik. Es könne von Konferenz zu Konferenz gehen, bis es schließlich alle seine Rechte verloren habe. Es könne auch auf eigene Faust handeln, was Poincaré ja eventuell zu tun gedanke. Einfacher sei es jedoch, gleich die notwendigen Opfer zuzugestehen. (Zurufe von rechts.) Die Anwendung von Gewalt habe keinen Zweck. Poincarés Wunsch, die Konferenz von Genua zum Scheitern zu bringen, habe Frankreich keine Sympathien in England und Italien verschafft.

Poincaré: Ich habe nicht den Wunsch gehabt, die Konferenz zum Scheitern zu bringen. Ich werde die Wahrheit auf der Tribüne feststellen.

Faure: Der Schein spricht jedenfalls gegen Sie.

Poincaré: Es ist bedauerlich, daß es hier Abgeordnete gibt, die falschen Anschein erwecken.

Faure: Sie selbst haben oft genug falschen Anschein zur Darstellung der Gedanken Ihrer Vorgänger ins Feld geführt. Der Redner verlangt Aufklärung darüber, was Frankreich am 31. Mai zu tun gedanke. Falls Frankreich ohne seine Verbündeten vorgehe, würde es sich in einer mit Feindseligkeit geladenen Atmosphäre isoliert finden. Eine Ausdehnung der militärischen Besetzung in Deutschland würde überdies große Kosten verursachen, ohne viel

einzubringen. (Zuruf des Sozialisten Vincent Aubriol: Der Finanzminister de Lasteyrie hat erklärt, daß die Beilegung des Ausgabebettes die Wiedergutmachungsfrage nicht lösen würde.)

Faure fährt fort, man täusche Frankreich, wenn man ihm vorrede, daß durch einige militärische Operationen alles ins reine komme. In erster Linie komme es darauf an, ob Deutschland zur Erfüllung bereit sei oder nicht. Die Ausführung der Wiesbadener Vereinbarungen sei durch den schlechten Willen der französischen Industriellen erschwert worden. (Zustimmung links.) Was die Barzahlungen anlangt, so sei es besser, sofort eine bedeutende Summe zu erhalten, als eine noch größere Summe erst nach einigen Jahren zu bekommen. Die wahre Lösung der Wiedergutmachungsfrage sei in der internationalen Anleihe zu suchen. In dieser Hinsicht sei die Politik Briands und Loucheurs besser, als die Politik Poincarés. (Widerpruch rechts.) Auch Millerand habe die gleiche Politik wie Briand und Loucheur befolgt, und die Kammer habe ihm damals zugestimmt.

Poincaré: „Wir brauchen von den damaligen Erklärungen Millerands nichts zu verleugnen. Als der Abgeordnete Aubriol kürzlich eine internationale Anleihe anregte, hat die Regierung sich für diesen Gedanken ausgesprochen.“ Der Sozialist Vincent Aubriol ruft dazwischen: „Die Rede von Bar-le-Duc hat die Wirkung dieser Zustimmung geföhrt.“

Poincaré: Durchaus nicht. Ich bin davon überzeugt, daß es nicht genügt, an Deutschlands guten Willen zu appellieren. Aber wenn Deutschland keinen guten Willen zeigen sollte, haben wir die Möglichkeit, das von ihm zu verlangen. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte.)

Faure schließt mit der Erklärung, das wahre Frankreich habe nur den Wunsch, in Ruhe und Frieden zu arbeiten und werde das in zwei Jahren bei den neuen Parlamentswahlen beweisen. (Lebhafter Beifall links.)

Die Debatte wird dann auf Dienstag nachmittag vertagt.

Die Konferenz der Notenbanken.

London, 26. Mai.

Den Blättern zufolge teilte Sir Robert Horne mit, daß die Bank von England auf ein formelles Ersuchen des Präsidenten der Genueser Konferenz erwidert habe, sie unternehmen offizielle Schritte zur Einberufung einer Zusammenkunft der führenden internationalen Emissionbanken.

Hermes im Auswärtigen Ausschuss.

Ueber die gestrigen Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses wird folgender offizieller Bericht ausgegeben: „Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags behandelte am 26. Mai morgens zunächst das deutsch-polnische Abkommen. Nach dem Vortrage des Berichterstatters Abg. Dr. Soehlich (Dnt.) und Dr. Gothein (Dem.) berichtete Reichsfinanzminister a. D. Dr. Schiffer über die Verhandlungen in Oberschlesien und Genf. Vom Vorliegenden Abg. Mueller-Franken wurde ihm und allen seinen Mitarbeitern der Dank für die eifrige und erfolgreiche Vertretung der deutschen Belange unter dem Beifall des Ausschusses ausgesprochen.“

Am Nachmittag sechs Uhr trat der Ausschuss abermals zusammen. Reichsfinanzminister Dr. Hermes berichtete über die bisherigen Verhandlungen mit Mitgliedern der Reparationskommission in Paris. Es waren u. a. auch der Reichskanzler und der Minister des Auswärtigen anwesend. Von Mitgliedern aller Parteien wurden dem Reichsfinanzminister Fragen gestellt und von ihm beantwortet.

Der Auswärtige Ausschuss tritt am Sonnabend, dem 27. Mai, Vormittags 10 Uhr, wieder zusammen mit der Tagesordnung: Oberschlesisches Abkommen, eventl. Fortsetzung der Beratung über die Verhandlungen in Paris.“

Der italienische Rapallovertrag.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Rom, 26. Mai.

Der in Rapallo abgeschlossene italienisch-russische Handelsvertrag, der das provisorische italienisch-russische Abkommen vom 26. Dezember vorigen Jahres, ablöst, sieht volle Bewegungsfreiheit für mit Rußland Handel treibende Italiener vor, enthält eine Meistbegünstigungsklausel auf Gegenseitigkeit, sieht ferner ein Auswanderungsabkommen vor, einen kostenlosen